

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 22.02.2013

Betreff: Antrag Nr. 1085 vom 11.02.2013 der FDP-Fraktion;
Keine Privatisierung des Trinkwassers;
Sicherung der Wasserversorgung durch die Stadtwerke

Referent: Werkleiter Armin Bardelle

Von den 45 Mitgliedern waren 29 anwesend.

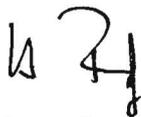
In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

einstimmig
mit -- gegen -- Stimmen beschlossen:

1. Die Stadtverwaltung beauftragt den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zu gegebener Zeit damit, zu prüfen, in wieweit die Stadt Landshut bzw. ihr kommunaler Eigenbetrieb „Stadtwerke Landshut“ von dem Entwurf der Europäischen Kommission einer „*Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die öffentliche Auftragsvergabe*“ betroffen ist.
2. Der BKPV wird weiterhin beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Fortführung der ausschließlich kommunalen Wasserversorgung durch die Stadt Landshut sichergestellt werden kann, wenn als Ergebnis der Prüfung gem. Ziff. 1 eine Ausschreibungs- und Vergabepflicht für die Wasserversorgung nach EU-Recht festgestellt wird.

Der Referent berichtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt vom Ergebnis der Aufträge gem. Ziff. 1 und 2.

Landshut, den 22.02.2013
STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister